

DIAS-Kommentar

Nr. 153 • März 2011

Dustin Dehez

Politischer Bankrott

Die deutsche Haltung zur Resolution gegenüber Libyen

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2011, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

Politischer Bankrott - Die deutsche Haltung zur Resolution gegenüber Libyen

Für konservative Außenpolitiker und Sicherheitsexperten ist die deutsche Haltung zur Flugverbotszone über Libyen ein wahrer Albtraum. Die Bundesrepublik hatte es gerade erst als nicht ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geschafft und hat sich nun, bei der ersten wirklich wichtigen Entscheidung, enthalten. Während alle wichtigen Alliierten Deutschlands für eine Flugverbotszone über Libyen stimmten, stand Deutschland mit Russland, China, Indien und Brasilien auf Seite der reaktionären Mächte. Die Bundesregierung ist bemüht, diese Haltung als folgerichtige Konsequenz aus der mangelnden Bereitschaft zu verkaufen, selbst Soldaten nach Libyen zu entsenden. Doch wie wenig überzeugend diese Argumentation ist, wird schon daran deutlich, dass die Regierung nicht nur auf ein Veto der ständigen Mitglieder China und Russland hoffte, sondern auch noch Lobbyarbeit betrieb, um die notwendige Mehrheit von neun Stimmen für die Verabschiedung der Resolution 1973 zu verhindern. Die Haltung der Bundesregierung unterscheidet sich gerade in dieser Hinsicht von der Russlands und Chinas. Denn Moskau und Peking sind zwar ebenfalls nicht bereit, Soldaten nach Libyen zu entsenden, haben jedoch nicht versucht, den Rest der internationalen Gemeinschaft an einem Eingreifen zu hindern. Ihre Haltung war tatsächlich neutral. Das könnte kaum in stärkerem Kontrast zur deutschen Position stehen, deren Vertreter offenbar bis zur Abstimmung versucht haben, auch einen Einsatz der eigenen Verbündeten zu verhindern.

Aber auch aus parteipolitischer Sicht droht der Regierung zu Recht Ungemach. Seit Jahrzehnten gibt es in den konservativen Parteien in außenpolitischer Hinsicht einen Richtungsstreit. Auf der einen Seite stehen die klassischen Atlantiker, die in den Vereinigten Staaten nicht nur den Garant europäischer Sicherheit, sondern auch einen natürlichen Alliierten sehen. Sie sind es, die auch im Vorlauf des Irak-Krieges für keine zu konfrontative Haltung gegenüber Washington geworben haben und sich angesichts der Haltung der rot-grünen Bundesregierung unwohl fühlten. Auf der anderen Seite stehen ebenso lange die sogenannten Gaullisten, die die Zukunft deutscher Sicherheitspolitik in einer engen Allianz mit Frankreich sehen und im Vorlauf des Irak-Krieges zum Teil offen für eine Gegenmachtbildung zu den Vereinigten Staaten warben. Es ist bemerkenswert, wie die Bundesregierung diesen jahrzehntealten Streit zwischen Gaullisten einerseits und Atlantikern andererseits praktisch über Nacht damit beendet, dass sie einfach beide Bündnispartner vor den Kopf stößt. Dass eine konservative Bundesregierung nicht nur die Bündnissolidarität mit den wichtigsten Bündnispartnern der Bundesrepublik über Nacht in den Wind geschlagen, sondern die ideologischen Fundamente deutscher Außenpolitik unterhöhlt hat, ist nichts anderes als das Zeichen eines politischen Bankrotts.

Dabei steht außer Frage, dass die Resolution spät und die mangelnde Entschlossenheit die internationale Gemeinschaft teuer zu stehen kommt. Denn sollte sich Muammar al-Gaddafi nicht an den Waffenstillstand halten, wird wohl nur noch ein stärkeres Eingreifen eine Niederlage der Opposition verhindern können. Daran, dass die Vereinten Nationen erst so spät handeln, trägt die Bundesrepublik eine Mitschuld. Das ist umso erstaunlicher, als dass selbst die nicht gerade für ihre Entschlossenheit berühmte Arabische Liga schon vor gut einer Woche eine Flugverbotszone gefordert hat. Wer sich die Aussagen des Außenministers auf der Zunge zergehen lässt, muss daher erst recht aufhorchen. So führt der Außenminister, offensichtlich um Schadensbegrenzung und Verteidigung bemüht, an, dass ein „intensiver, ausführlicher und auch schwieriger Abwägungsprozess“ zur Enthaltung der Bundesrepublik im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geführt habe. Das aber wirft die dringende Frage auf, wer nach einer Abwägung, bei der in der einen Waagschale ein seit vierzig Jahren regierender Diktator liegt, der 'sein' Volk von syrischen Piloten und Söldnern aus dem Tschad, Niger und Mali abschlichten lässt und in der anderen das

Freiheitsstreben jahrzehntelang unterdrückter Menschen, zu dem Schluss kommt, lieber nichts zu tun; ja gar für das Nichts-tun auch noch Lobbyarbeit zu betreiben? Wer sich mit einer solchen Abwägung verteidigt, verlangt geradezu danach, dass ihm nicht nur ein Zeugnis des politischen, sondern auch des moralischen Bankrotts ausgestellt wird.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org